

Besserer Schutz vor Cyberrisiken

Sicherheit Der Bundesrat will den Schutz vor Cyberrisiken verbessern. Er hat eine nationale Strategie für die Jahre 2018 bis 2022 verabschiedet. Diese baut auf der bisherigen auf, berücksichtigt aber neue Entwicklungen. Zu den zusätzlichen Massnahmen gehören die Förderung von Forschungs- und Bildungskompetenz und der Aufbau von Dienstleistungen für Unternehmen. Gestärkt werden soll auch das Krisenmanagement. Weiter will der Bund Mindeststandards entwickeln und die Einführung von Meldepflichten für Vorfälle prüfen. In der Strafverfolgung ist eine Zentralstelle Cyberkriminalität vorgesehen. Der Bundesrat äussert sich auch zum Thema Fake-News. Diese haben stark an Bedeutung gewonnen, schreibt er. In verschiedenen Ländern seien vor wichtigen Wahlen solche Aktivitäten beobachtet worden. Auch in der Schweiz müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass Akteure versuchten, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Institutionen zu unterminieren, warnt der Bund. (sda)

Fifa nicht stärker besteuern

Finanzen Der Weltfussballverband Fifa soll weiterhin in den Genuss des tieferen Vereinsteuersatzes kommen und nicht wie ein gewöhnliches Unternehmen besteuert werden: Die zuständige Kommission des Zürcher Kantonsrates lehnt eine entsprechende parlamentarische Initiative ab. Der Vorstoss aus den Reihen von SP und EVP verlangt eine Änderung des Steuergesetzes: Ein Verein, der eine Bilanzsumme von mehr als einer Milliarde Franken aufweist, soll wie die gewöhnlichen Kapitalgesellschaften besteuert werden. Die bürgerliche Mehrheit der Kommission weist in ihrem Bericht darauf hin, dass der Weltfussballverband für Zürich eine grosse wirtschaftliche Bedeutung hat. Zudem sei es nicht so, dass die Fifa gar keine Steuern zahle. Im Gegensatz zu den über 50 anderen internationalen Sportverbänden, die ihren Sitz in der Schweiz haben, habe sich der Fussballverband nicht von der direkten Bundessteuer befreien lassen. (sda)

SRG-Radiostudio soll in Bern bleiben

Medien Die CVP der Stadt Bern hat bei der SRG-Generaldirektion eine Petition für den Verbleib des Radiostudios in Bern eingereicht. Innerhalb von zwei Wochen kamen rund 2000 Unterschriften zusammen. Unterstützt wurde die Petition von den Stadtberner Parteien SP, GFL, Grünes Bündnis, FDP und BDP. Gegen die geplante Verlegung des Radiostudios Bern nach Zürich wehrt sich auch die betroffene Belegschaft. Die Petition sei «ein wichtiges Zeichen. Wir hoffen, es wird gehört», kommentierte die Arbeitsgruppe «Pro Radiostudio Bern» via Twitter. Das Personal hatte den Verwaltungsrat bereits vorher aufgefordert, die Umzugspläne zu überdenken. Das Schreiben wurde von über 160 Angestellten unterzeichnet. (sda)



Der Löwenanteil der Kosten fällt bei den Spitälern an.

Bild: Jill Lohse (St. Gallen, 16. August 2017)

Gesucht: Sparmassnahmen

Anstieg Erstmals durchbrechen die Gesundheitskosten die 80-Milliarden-Franken-Grenze. Der Druck auf die Politik wächst, griffige Massnahmen gegen den Anstieg zu finden. Ein Experte fordert mehr Markt.

Michel Burtscher

Die Gesundheitsausgaben steigen unaufhaltsam an. Im Jahr 2016 betragen sie 80,7 Milliarden Franken, wie die gestern veröffentlichten Zahlen des Bundesamtes für Statistik zeigen. Das sind 3,8 Prozent mehr als im Vorjahr (siehe Text unten). Seit 1996, als die obligatorische Krankenversicherung eingeführt wurde, haben sich die Ausgaben verdoppelt. Die finanzielle Last für die Prämien- und auch für die Steuerzahler wird immer grösser. Es sind sich denn auch grundsätzlich alle Akteure einig, dass etwas getan werden muss gegen den Kostenanstieg.

Die grosse Streitfrage ist nur, was genau und vor allem zu Lasten von wem. Vorgeprescht ist kürzlich CSS-Chefin Philomena Colatrella. In einem Interview mit dem «Sonntags-Blick» schlug sie eine Erhöhung der Mindestfranchise von heute 300 Franken auf 5000 oder sogar 10 000 Franken vor. So soll die

Eigenverantwortung der Patienten gesteigert und dadurch Kosten gespart werden. Der Vorschlag löste jedoch viel Empörung aus, schnell war auch von «Zweiklassenmedizin» die Rede. Politisch ist eine solche Erhöhung sowieso nicht realistisch.

Bund will Kantone experimentieren lassen

Auf politischer Ebene laufen im Moment aber Diskussionen über andere Massnahmen zur Dämpfung des Kostenanstiegs. Einige davon berät die Gesundheitskommission des Nationalrates in diesen Tagen. Thema ist beispielsweise die Einführung einer einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen. Damit sollen Fehlansätze reduziert und so die Zahl der ambulanten Behandlungen erhöht werden. Diese sind günstiger, weil die Patienten nicht über Nacht im Spital bleiben müssen. Gesundheitsökonom Stefan Felder von der Universität Basel würde einen Systemwech-

sel begrüssen: «Im internationalen Vergleich gibt es in der Schweiz viel zu viele stationäre Behandlungen», sagt er.

Vor kurzem hat auch der Bundesrat Massnahmen zur Kostendämpfung vorgestellt. Dabei stützte er sich auf Empfehlungen einer internationalen Expertengruppe. Ein erstes Paket soll bereits im Herbst dieses Jahres in die Vernehmlassung geschickt werden. Vorgesehen sind in diesem vor allem Massnahmen, die niemandem so richtig weh tun. So will der Bundesrat etwa ein Experimentierartikel schaffen, damit Kantone und Tarifpartner ausserhalb des Krankenversicherungsgesetzes «innovative Projekte» zur Kostendämpfung entwickeln können. Weiter sollen die Kostenkontrolle und die Tarifregelungen verbessert sowie ein Referenzpreissystem für Arzneimittel eingeführt werden.

Die umstrittenste Empfehlung der Expertengruppe ist aber nicht Teil des Massnahmenpakets. Sie schlug die Einführung

von sogenannten Globalbudgets vor. Damit könnten die Behörden für Ärzte, Spitäler oder Pharmaunternehmen finanzielle Zielvorgaben festsetzen – und die Akteure auch sanktionieren, wenn sie diese Vorgaben nicht einhalten. Dies würde laut der Expertengruppe die Kostenverantwortung aller Beteiligten erhöhen. Doch dagegen protestierten diese lautstark. Der Krankenkassenverband Santésuisse beispielsweise sprach von einem «leichtfertigen Experiment» zu Lasten der Patienten. Globalbudgets führten zu «Wartezeiten, Rationierung und Zweiklassenmedizin».

CVP und SP planen Volksinitiativen

Für Stefan Felder gehen die Vorschläge des Bundesrates in die falsche Richtung. «Es braucht im Gesundheitswesen nicht mehr, sondern weniger Regulierung», sagt er. Felder fordert etwa, dass der Leistungskatalog der Grundversicherung entrümpelt wird. «Die obligatorische Krankenver-

sicherung sollte nur Basisbehandlungen übernehmen», sagt Felder. Den Rest könnten die Patienten je nach Bedarf mit privaten Zusatzversicherungen regeln. Er denkt dabei etwa an Brustkrebsvorsorge-Programme. Zudem sollte laut Felder die Aufhebung des Vertragszwangs geprüft werden. Dieser führt dazu, dass die Krankenkassen die Leistungen aller zugelassenen Mediziner vergüten müssen. Mit Vertragsfreiheit könnten sie sich an die günstigsten oder besten Ärzte halten. Dies haben Versicherer und bürgerliche Politiker in der Vergangenheit immer wieder gefordert – bisher ohne Erfolg.

Doch nicht nur die Politiker, sondern auch die Bevölkerung wird voraussichtlich über einige Vorschläge entscheiden können. Mehrere Parteien haben Volksinitiativen angekündigt. Die CVP fordert die Einführung einer Kostenbremse im Gesundheitswesen, die SP will die Krankenkassenprämien auf zehn Prozent des Einkommens beschränken.

Pro Kopf 803 Franken im Monat

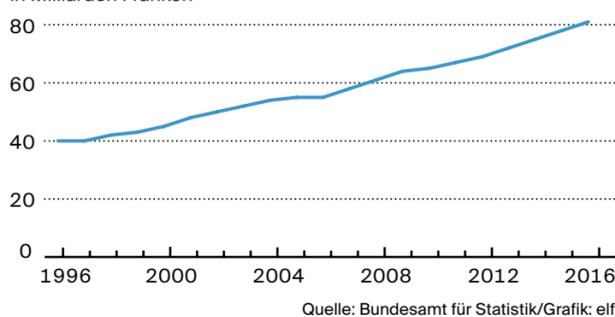
Jahreszahlen Die Kosten des Gesundheitswesens erreichten 2016 die Schwelle von 80,7 Milliarden Franken. Mit 3,8 Prozent lag das Wachstum im Schnitt der Vorjahre. Die Gesundheitsausgaben machten 12,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. 2015 betrug der Anteil noch 11,9 Prozent.

Von den Mehrausgaben in Höhe von 3,0 Milliarden Franken entfiel der Löwenanteil mit 1,3 Milliarden auf die Spitäler. Bei Pflegeheimen und anderen so-

zialmedizinischen Einrichtungen betrug das Plus 400 Millionen Franken, bei Arztpraxen 200 Millionen Franken und bei anderen ambulanten Leistungserbringern 500 Millionen Franken. Alle diese Anbieter machen zusammen gut 77 Prozent der Gesundheitskosten aus.

Gemessen am Fünfjahresmittel verteuerte sich die Gruppe der anderen ambulanten Leistungserbringer mit 10,4 Prozent überdurchschnittlich. Dazu gehören Spitex und Physiotherapie. Bei

Entwicklung der Gesundheitskosten in Milliarden Franken



Ärzten lag das Ausgabenwachstum hingegen mit 1,5 Prozent weit unter dem Fünfjahrestrend (5,2 Prozent). Pro Kopf stiegen die Ausgaben gegenüber 2015 um 21 Franken auf 803 Franken im Monat. Davon mussten die Haushalte 235 Franken (+10 Franken) selber berappen, zusätzlich zu Versicherungsprämien und Steuern. Es handelte sich vorab um Auslagen für Pflegeheimen und Zahnärzte sowie um Kostenbeteiligungen in der Krankenversicherung. (sda)